

Alternativen in der Landwirtschaft - Ideologie oder Utopie?

Birgit Peuker*

Zusammenfassung

In dem Artikel wird anhand der Agrargeschichte zwischen 1870 und 1970 in Deutschland der Frage nachgegangen, inwiefern das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes Ideologie gewesen ist. Ausgangspunkt ist hierbei die Beobachtung, dass trotz des agrarpolitischen Zieles, die bäuerliche Familienlandwirtschaft zu erhalten, sich der Strukturwandel ungebremst fortsetzte. Im ersten Abschnitt werden unter Rückgriff auf Karl Mannheim und C. Wright Mills drei Aspekte des Ideologischen herausgearbeitet: der Aspekt der Pauschalisierung, als Nivellierung der Unterschiede unter den „Bauern“, der Aspekt der Generalisierung, als Bevorzugung eines Betriebstyps – nämlich des Familienbetriebes – als typisch für die Landwirtschaft, und der Aspekt des symbolhaften Realitätsbezuges, als normative Aufladung von Tatsachenbehauptungen. Die skizzenhafte Betrachtung deutscher Agrargeschichte und -politik zeigt, dass durch die Verbindung von klein- und großbäuerlichen Interessen die mit der Familienlandwirtschaft verbundenen Agrarideologien ebenso als Utopien erscheinen können.

Schlagwörter: Familienlandwirtschaft, Agrar-Modernisierung, Ideologie, Agrarpolitik

Alternatives in agriculture - ideology or utopia?

Abstract

The article traces the concept of family-based agriculture as ideology in hundred years (1870-1970) of agricultural development in Germany. Agricultural interest groups and agricultural policy were ideological seeking to preserve small-scale family-farming meanwhile structural changes in agriculture took place. Three aspects of ideology – simplification, generalization and symbolic reference to reality – are identified in the first section with recourse to Karl Mannheim and an example given by C. Wright Mills. An overview of agricultural politics and history shows a fourth aspect of agricultural ideology in Germany: the convergence of ideology and utopia, due to merging interests of small-scale farmers and large-scale farmers in agricultural interest groups.

Keywords: family-based agriculture, ideology, industrialized agriculture, agricultural policy

*Katastrophenforschungsstelle Berlin, Freie Universität Berlin, Carl-Heinrich-Becker-Weg 6-10, 12165 Berlin, Deutschland, Mobil: +49 160 97588202, Telefon: +49 30 838-70965, Telefax: +49 30 838-72615, E-Mail: birgit.peuker@fu-berlin.de, WWW: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/kfs/>

Danksagung: Ich danke den Organisator_innen und Teilnehmer_innen des Track 5 „Ökologie und Gesellschaft“ des momentum-Kongresses „Fortschritt“, der im Herbst 2013 stattfand, für die Kommentare und Kritiken, die mir bei der Erstellung der Argumentation des Beitrages sehr hilfreich waren. Ebenso danke ich der_dem anonymen Gutachter_in für ihre_seine Kommentare, die mich zu dieser Fassung des Textes geführt haben.

1. Einleitung

McMichael (2008) sieht in den seit den 1990er-Jahren auftauchenden transnationalen Agrar-Bewegungen – wie zum Beispiel La Via Campesina – ein neues welt-historisches Subjekt. Er weist darauf hin, dass die Forderungen dieser Bewegungen über die Landwirtschaft hinausgehen – wie zum Beispiel die Forderung nach einer Neuverteilung von Land – und in dem von ihnen propagierten Konzept der „Ernährungssouveränität“ darauf zielen, die Gesellschaft sozial und ökologisch gerecht umzugestalten. Damit werde der bislang marginalisierte Bereich der Landwirtschaft aufgewertet und als Kern einer postkapitalistischen Gesellschaft, die auf einer Bewältigung ökologischer und sozialer Problemstellungen beruht, dargestellt (vgl. McMichael 2008: 45f.).

In gleicher Weise sieht Hoering (2008) die neue Bedeutung der Landwirtschaft auf der politischen Agenda auch durch die Bauernbewegungen, wie sie heute sowohl in den Ländern des globalen Südens als auch in den Industrieländern existieren, gegeben. Zwar seien sie noch „weit davon entfernt, von der Defensive [...] zur breit gefächerten Umsetzung von Alternativen über zu gehen (sic!)“ (vgl. Hoering 2008: 71), jedoch hätten sie – gestützt auf nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen – ihre eigenen Entwicklungsalternativen entworfen (vgl. Hoering 2008: 73).

Die transnationalen Agrar-Bewegungen sind in dieser Sichtweise ein neues politisches Subjekt. Mich hat interessiert, ob dies auch in den westlichen Industrieländern bei ihrem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft der Fall gewesen ist. Während um 1900 in Deutschland noch rund 40 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, sind es heute nur noch 1-2 Prozent. Dieser tief greifende gesellschaftliche Wandel, so meine Annahme, müsste auch von Protestbewegungen begleitet gewesen sein. Als Soziologin habe ich mich auf die Suche nach den Agrar-Bewegungen in der Geschichte der westlichen Industrieländer begeben. Die erste Literaturrecherche ergab kaum Hinweise auf Bauernbewegungen. In dem Buch von Hans-Jürgen Puhle „Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften“ von 1975 wird in Bezug auf Deutschland und für die Zeit von 1870 bis in die 1970er-Jahre vor allem die Vereinsgeschichte des Bundes der Landwirte (BdL) für die Zeit des Kaiserreiches, des Reichslandbundes (RLB) für die Weimarer Zeit und des Deutschen Bauernverbandes

(DBV) für die westdeutsche Nachkriegszeit diskutiert (vgl. Puhle 1975). Des Weiteren wunderte mich, dass das politische Leitbild des Erhalts des Bauernstandes trotz der Aktivität dieses zentralen Lobbyverbandes keinen Einfluss auf die Agrar-Modernisierung gehabt zu haben schien: Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft ging fast ohne Unterbrechung kontinuierlich zurück. Bei mir begann sich die These zu verfestigen, dass die „bäuerliche Landwirtschaft“, wie sie von den zentralen landwirtschaftlichen Interessenverbänden und der durch sie beeinflussten Agrarpolitik hochgehalten und als Alternative zur industrialisierten Landwirtschaft vorgebracht wurde, Ideologie gewesen ist, die den sich vollziehenden gesellschaftlichen Entwicklungstrend verschleierte. Eine Ideologie aber, die auf den Leidenschaften und Wünschen der Menschen, die in dieser Zeit kleinbäuerlich wirtschafteten, aufbaute.

Ich möchte in den zwei folgenden Abschnitten zunächst auf den zugrunde liegenden Ideologiebegriff eingehen, um im Anschluss schlaglichtartig aus den hundert Jahren zwischen 1870 bis 1970 verschiedene agrarpolitische Maßnahmen hinsichtlich ihrer agrarideologischen Bezüge zu analysieren und in Zusammenhang mit dem Strukturwandel in der Landwirtschaft zu bringen. Im vierten Abschnitt erfolgt eine Zusammenfassung mit einem kurzen Ausblick.¹

2. Ideologiebegriff

Um den hier zugrunde gelegten Ideologiebegriff zu verdeutlichen, möchte ich auf eine Darstellung bei C. Wright Mills zurückgreifen. In seinem Buch „White Collar“, aus dem Jahr 1951 beschreibt er, wie in Amerika die Herausbildung großer Unternehmen, deren

¹ In der folgenden Darstellung wird zwar die geschlechtergerechte Schreibweise gebraucht, in der Literatur, auf die ich mich beziehe, wurde jedoch selten deutlich, ob in der dort benutzten nicht geschlechtergerechten Sprachweise tatsächlich beide Geschlechter gemeint waren. Ob und inwieweit in die beschriebenen Prozesse Frauen beteiligt waren, müsste im Einzelfall geprüft werden. Zwei Ausnahmen habe ich von der geschlechtergerechten Schreibweise gemacht: zum einen wenn es sich um das Bild von einer Personengruppe handelte, wie das Bild von dem „Bauern“ und dem „Kleinunternehmer“, in einer Zeit, in der die Vorstellungswelten sich noch größtenteils entlang von Geschlechtsstereotypen bewegten; zum anderen wenn offensichtlich nur Bauern gemeint gewesen sein konnten, wie in Bezug auf die Teilnahme an Wahlen vor der Einführung des Frauenwahlrechtes 1918 in Deutschland.

Angestellten die neue Mittelklasse bildeten, von einem spezifischen Bild des Kleinunternehmers begleitet war (vgl. Mills 1951/1969: 34ff.). Die Ideologie des amerikanischen Kapitalismus besagt, dass Kleinunternehmen nicht nur auf einem Markt um Kunden, sondern auch in ihrer Heimatgemeinde, in der sie sich in öffentlichen Angelegenheiten engagieren, um soziales Prestige miteinander konkurrieren (vgl. Mills 1951/1969: 44). Als Sinnbild des arbeitsamen Unternehmers und durch ihr Engagement in der Gemeinde genießen die Kleinunternehmen eine große Wertschätzung in der Bevölkerung. So weit das Idealbild.

Den Realitätskern, so Mills, hätten aber nicht Unternehmen im Bereich der Fertigung und des Handels gebildet, wo von Beginn an Großunternehmen agierten, sondern vielmehr Landwirte (vgl. Mills 1951/1969: 20f.). Auf sie habe die Charakteristik des typischen Kleinunternehmers als arbeitsam und engagiert zumindest ein Stück weit zugefallen. Denn auch die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe seien nicht vollständig der Konkurrenz ausgesetzt gewesen, sondern durch den Staat unterstützt worden, um zum Beispiel Preisstabilität zu gewährleisten und Überschüsse als Exporte absetzen zu können (vgl. Mills 1951/1969: 40ff.). An dem Prestige, das Kleinunternehmen in der Öffentlichkeit hatten, konnten Großunternehmen partizipieren, obwohl sie weniger durch Selbstausbeutung als durch die Ausbeutung fremder Arbeitskraft produzierten und in den Kleinstädten schon aufgrund ihrer Größe kaum verwurzelt waren und sich hier auch nicht engagierten (vgl. Mills 1951/1969: 14, 46f.). Als die Lage in der Landwirtschaft durch anhaltende Konzentrationsprozesse kaum noch dem Ideal des Kleinunternehmers entsprach, wurde dieses dennoch weiter am Leben gehalten. Damit werde, so Mills, die Entwicklung weiterer Konzentrationsprozesse in der Industrie und in der Landwirtschaft verschleiert, um den Zuspruch der Bevölkerung zu behalten.

Das Bild des Kleinunternehmers bei Mills zeigt verschiedene Aspekte des Ideologischen, die ich im Folgenden an der Agrarentwicklung in Deutschland veranschaulichen möchte. Ideologien sind erstens durch *Pauschalisierung* gekennzeichnet. Dem Bild nicht entsprechende Elemente werden ignoriert. In dem Beispiel, das Mills uns gibt, sind es die nur eingeschränkte Konkurrenz unter den Farmer-Unternehmern sowie (die hier noch nicht genannte) patriarchale Ausbeutung der Familienmitglieder. Weiterhin sind zweitens Ideologien durch *Generalisierung* charakterisiert. Das Bild wird auf Gruppen ausgeweitet, für welche dieses nicht

annähernd passt: hier auf Unternehmer_innen jenseits des landwirtschaftlichen Sektors und auf Großunternehmer_innen. Den dritten Aspekt bezeichne ich als *symbolischen Realitätsbezug*. Damit ist gemeint, dass das Bild auf eine einmal existierende bzw. noch existierende gesellschaftliche Realität rekurriert, die als erstrebenswerte Zukunftsvision angepriesen wird. Hierdurch werden normative und deskriptive Elemente vermischt.

Eine Funktion des Ideologischen im Bild des Kleinunternehmers ist, dies zeigen die Analysen von Mills ebenso, marginale gesellschaftliche Realitäten, die im Vergleich zu dem gesamtgesellschaftlichen Entwicklungstrend überholt oder marginal sind, überzubewerten. Die anhaltenden Konzentrationsprozesse schaffen gerade die idealisierte Betriebsform ab. Dies kann – wie sich auch am Beispiel der Agrarentwicklung zeigen wird – sowohl positiv als auch negativ bewertet werden.

Um dies näher zu erläutern, möchte ich auf den Ideologiebegriff bei Karl Mannheim zurückgreifen. Mannheim, Begründer der Wissenssoziologie, unterschied zwischen Ideologie und Utopie (vgl. Mannheim 1929/1985). Ob eine bestimmte Weltanschauung als Ideologie oder Utopie gilt, hängt bei ihm von der Gestaltungsmacht der jeweiligen gesellschaftlichen Trägergruppe ab. Der Begriff „Ideologie“ bezieht sich darauf, „daß herrschende Gruppen in ihrem Denken so intensiv mit ihren Interessen an eine Situation gebunden sein können, daß sie schließlich die Fähigkeit verlieren, bestimmte Tatsachen zu sehen, die sie in ihrem Herrschaftsbewußtsein verstören könnten“ (Mannheim 1929/1985: 36). Ideologien sind demnach auch bei Mannheim durch blinde Flecken gekennzeichnet. Ebenso verbinden sich in seiner Auffassung von Ideologie Tatsachenbehauptungen mit wertgeleiteten, wenn nicht sogar normativen Elementen. Ideologien werden hier von gesellschaftlichen Gruppen verbreitet, welche in der Lage sind, die gesellschaftliche Entwicklung wesentlich zu beeinflussen.

In den folgenden Abschnitten wird jedoch deutlich, dass die Bauerntumsideologie auch von den Bäuer_innen selbst übernommen wurde und diese hieraus Sinn für ihre eigenen Tätigkeiten schöpften.

Für die Weltsicht der Marginalisierten führt Mannheim den Begriff der „Utopie“ ein. Er bezieht sich darauf, dass „bestimmte unterdrückte Gruppen geistig so stark an der Zerstörung und Umformung einer gegebenen Gesellschaft interessiert sind, daß sie unwissentlich nur jene Elemente der Situation sehen, die diese zu negieren suchen. [...] Im utopischen Bewußtsein verdeckt das von Wunschvorstellungen und dem Willen zum Handeln

beherrschte kollektive Unbewußte bestimmte Aspekte der Realität“ (Mannheim 1929/1985: 36). Die Definition von Utopie bei Mannheim ist der von Ideologie sehr ähnlich. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Trägergruppe weniger Gestaltungsmacht hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklungswege besitzt.

Die These für die nachfolgenden Betrachtungen ist, dass es sich bei dem Bild vom Kleinbauern sowohl um Ideologie als auch um Utopie im Sinne von Mannheim handelt und dass dieses Bild sowohl Kleinbäuer_innen als auch Großbäuer_innen, ländliche Bevölkerung und städtische Bürger_innen zum Handeln bewegte. Dieses Handeln führte jedoch zur Auflösung der Klasse der Kleinbäuer_innen in den westlichen Industrieländern.

Eine Kritik an dem hier benutzten Ideologiebegriff möchte ich noch kurz vorbringen: Dieser ist, insbesondere wenn man sich den Stand der Diskussion bei Terry Eagleton (2000), Jan Rehmann (2008) und Jürgen Ritsert (1996) anschaut, unterkomplex. Er bezieht sich nicht auf eine Konzeption der gesellschaftlichen Gesamtstruktur, welche das Ideologische hervorbringt, wie dies der Ideologiebegriff bei Karl Marx und Friedrich Engels (1857/1953) nahelegen würde. Zudem hat der hier gebrauchte Ideologiebegriff eine zu starke „Wissens“-Komponente, da die im Folgenden dargestellten Bauernideologien nur indirekt in Verbindung zur gesellschaftlichen Praxis stehen. Nicht zuletzt ist es für meine Argumentation notwendig, eine vermeintlich objektive Darstellung gesellschaftlicher Entwicklung zugrunde zu legen, was insbesondere aus der Sichtweise konstruktivistischer und poststrukturalistischer Theorien kritisiert werden kann. Immerhin erfüllt mein Ideologiebegriff eine andere, von den oben genannten Autoren geforderte Komponente: Die in den nächsten Abschnitten dargestellten ideologischen Konstrukte müssen den Akteuren nicht unbedingt „bewusst“ gewesen sein; wir brauchen nicht zu unterstellen, dass die agrarpolitischen Akteure ihre Klientel wissentlich belogen haben. Ich wähle diesen unterkomplexen Ideologiebegriff, weil er hilft, meine eingangs genannte Irritation wenigstens ein Stück weit aufzuklären. Ich hoffe aber auch, mit den anschließenden Analysen eine Form der Funktionsweise des Ideologischen zu erhellen.

3. Strukturwandel der Landwirtschaft in Deutschland

Im Folgenden wird sich – skizzenhaft – auf den Strukturwandel in der Landwirtschaft in Deutschland seit 1870-1970 bezogen. Damit soll verdeutlicht werden,

dass mit der Idealisierung des Bauern zwei gegensätzliche Forderungen verbunden wurden: die Forderung nach einem Erhalt des Bauernstandes und die Forderung nach einer Modernisierung der Landwirtschaft. Insbesondere die Modernisierungsanstrengungen führten zu weiterer Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft, die an der Maschinisierung und den gestiegenen landwirtschaftlichen Inputs wie Dünger und Pestiziden zu erkennen sind, und als Folge davon zu einer Reduzierung der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten führte. Der Modernisierungsprozess ist darüber hinaus am Wertewandel im ländlichen Raum und dem Wandel der Dorfkultur erkennbar. Zusätzlich wird deutlich, dass es zwar stellenweise bäuerliche Proteste gab, diese sich aber nicht zu einer eigenständigen Agrar-Bewegung mit eigener politischer Identität und eigenen Forderungen entwickeln konnten. Die Darstellung ist in die Zeitabschnitte Kaiserreich, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit gegliedert.

3.1 Deutsches Kaiserreich 1871-1918

Bereits im Kaiserreich zeigt sich die Widersprüchlichkeit der Forderungen nach Modernisierung und Bestandswahrung. Ein zentraler Akteur, der diese Forderungen vorbrachte, war der Bund der Landwirte, eine landwirtschaftliche Interessenorganisation, die Kleinbäuer_innen und Großagrarier vereinte. Der Bund der Landwirte wurde im Nachgang der Wirtschafts- und Agrarkrise, die 1873 begann und in den 1890er-Jahren ihren Höhepunkt fand, gegründet (vgl. Puhle 1975: 47f.; Aldenhoff-Hübinger 2002: 15ff.). Puhle (1975) stellt in seiner Studie zu den politischen Agrarbewegungen für Deutschland eine weitgehende Kontinuität in der Organisation landwirtschaftlicher Interessen fest, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fort dauern sollte. Im Bund der Landwirte waren die Agrarinteressen die einzelnen landwirtschaftlichen Branchen übergreifend, über alle Regionen hinweg einheitlich sowie unter Zusammenführung kleinbäuerlicher und großbäuerlicher Interessen organisiert. Die Einbindung der Kleinbäuer_innen in den von den ostelbischen Großgrundbesitzern dominierten Verein war aufgrund ihrer zumeist konservativen Einstellung möglich. Diese war durch die Unzufriedenheit auf dem Lande, die durch die Agrarkrise der 1870er- bis 1890er-Jahre verschärft worden war, noch verstärkt und durch Antisemitismus und Antimodernismus aufgeladen worden (vgl. Mai 2007: 489).

Hiermit in Zusammenhang stand die Herausbildung einer Bauerntumsideologie. Die völkische Opposition im Kaiserreich erhob das Bauerntum zum Ideal. Das Bild des einfachen Bauern – bescheiden und sparsam, verbunden mit Hof und Familie – wurde, und dies nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern, der Hektik des Großstadtlebens entgegengestellt (vgl. Hermand 1991: 82ff.; vgl. die Beiträge in Schultz/Harre 2010). Die Bauerntumsideologie wurde dabei, so Schultz (2010) für Ostmitteleuropa, stark von städtischen Intellektuellen, wie zum Beispiel Künstler_innen und Schriftsteller_innen, beeinflusst, fiel aber auch bei der ländlichen Bevölkerung auf fruchtbaren Boden (vgl. Schultz 2010: 13ff.). Nicht nur in Deutschland sollte sie die Funktion erfüllen, die Bäuer_innen in ihren Interessen mit dem Adel und den bürgerlichen Großgrundbesitzer_innen zu verbünden und gegen die städtischen Arbeiter_innen in Stellung zu bringen (vgl. Harnisch 1990).

In der Literatur wird in diesem Zusammenhang vielfach diskutiert, mit welchen anderen Klassen die Bäuer_innen koalierten und welche Auswirkungen diese Bündnisse auf die Entwicklung der Demokratie in den verschiedenen Ländern hatte. Barrington Moore betont beispielsweise die Bedeutung, die die Auflösung einer selbstständigen bäuerlichen Schicht für die Demokratieentwicklung gehabt hat (vgl. Moore 1974: 484f.). Diese viel beachtete These gewann er anhand vergleichender Länderstudien. Miroslav Hroch hingegen verweist darauf, dass die politische Mobilisierung der Bäuer_innen insbesondere in den osteuropäischen Ländern für deren Nationenbildung eine wichtige Rolle gespielt habe (vgl. Hroch 2010). Beide Autoren beziehen sich dabei auf den mehrere Jahrzehnte umfassende Zeitraum von Anfang/Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts.

Für Deutschland stellt Moore die Gefahr eines Bündnisses von Großagariern und Großindustrie heraus, die letztlich zum Faschismus geführt habe (vgl. Moore 1974: 14f.). Die Interessen der Großagariern fanden im Bund der Landwirte ihren Ausdruck. Dieser war aber mehr als eine moderne Lobbyorganisation. Im Gegensatz zu vorangegangenen Vereinigungen landwirtschaftlicher Interessen versuchte der Bund der Landwirte durch Öffentlichkeitsarbeit eine Massenbasis zu erreichen (vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 87f.; Puhle 1975: 63f.). Damit ist der Bund der Landwirte ebenso im Kontext der allgemeinen Politisierung im Prozess der Parlamentarisierung und der Entstehung sozialer Bewegungen in Europa seit der Französischen

Revolution zu sehen (vgl. Tilly/Wood 2009). Dieser Prozess umfasste die Durchsetzung des Allgemeinen Wahlrechts sowie die Etablierung eines modernen Verbandswesens und ermöglichte erst die politische Subjektwerdung des Bauern. Die Politisierung des Bauern erfolgte durch sein Engagement in diesen Vereinen, durch die Stimmabgabe und Kandidatur bei Wahlen und als Abgeordneter. In vielen Ländern Ostmitteleuropas – jedoch nicht in Deutschland – gab es bedeutende Bauernparteien, die in ihrer politischen Ausrichtung meist konservativ waren und mit konservativen Parteien Koalitionen eingingen, wenn sie an die Macht kamen (vgl. Schultz 2010). Vereine und Zeitungen übernahmen die Funktion einer intermediären Instanz der politischen und weltanschaulichen Willensbildung auf dem Land (vgl. zu der Bedeutung von Zeitungen Ottenjann 1990).

Mit dem Bund der Landwirte entstand ein mächtiger landwirtschaftlicher Interessenverband, der in der Folge seinen Einfluss auf die Agrarpolitik ausübte. Die Hauptforderung des Bundes der Landwirte war von Beginn an auf Agrarprotektionismus ausgerichtet. So waren in der Agrarkrise Ende des 19. Jahrhunderts die getreideanbauenden Großgrundbesitzer durch den Verfall der Getreidepreise infolge überseeischer Konkurrenz (Billiggetreide aus den USA) in Bedrängnis geraten. Die Forderung nach einem Schutz der einheimischen Landwirtschaft wurde laut. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die ersten Maßnahmen – Schutzzölle, Exportprämien und Einfuhrbestimmungen –, wie sie bereits um 1880 erhoben worden waren, aus unterschiedlichen Gründen teilweise gelockert wurden. Auf Druck der landwirtschaftlichen Interessenvertreter, insbesondere des Bundes der Landwirte, wurden sie um 1906 wieder verschärft (vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 11ff.).

Der Ruf nach Protektionismus war nicht nur rückwärtsgewandt, sondern stand in Verbindung mit dem Appell an eine Modernisierung der Landwirtschaft. Seit den 1870er-Jahren wurde die Diskussion hierüber insbesondere mit Blick auf die landwirtschaftliche Praxis in Nordamerika geführt. Diese wurde als rationaler und marktorientierter sowohl gelobt als auch verurteilt (vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 31). Auch unter den Bäuer_innen selbst begannen einige ihre Betriebe zu modernisieren und sich selbst als Unternehmer_innen zu verstehen. Müller (1990) etwa beschreibt die Teilhabe der Bäuer_innen an den Industrialisierungsprozessen durch die Zuckerrübenproduktion und ihre Weiterverarbeitung in den Zuckerrübenfabriken.

Ebenso wurde durch den Kartoffelanbau die Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, das heißt die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion auf die Erwirtschaftung von Überschüssen zur Reinvestition in den Betrieb, vorangetrieben (vgl. Achilles 1990). Durch landwirtschaftliche Bildungsvereine wurde versucht, das Wissen um Modernisierungsmaßnahmen zu verbreiten. Pelzer (2000) beschreibt beispielhaft anhand zweier Vereine in der Lüneburger Heide für den Zeitraum von den 1850er-Jahren an bis zum Ersten Weltkrieg, wie die landwirtschaftliche Modernisierung durch landwirtschaftliche Bildungsvereine vorangerieben werden sollte, wobei vor allem von bessergestellten Bäuer_innen, Großgrundbesitzer_innen und Beamt_innen die Initiative ergriffen. Propagiert wurde unter anderem der Kartoffel- und Zuckerrübenanbau, aber auch die verbesserte Düngung durch Stallmist (vgl. Pelzer 2000: 124ff.). Als Schlussfolgerung seiner Untersuchung für die Regionen Magdeburger Börde, Anhalt, südliches Niedersachsen und Oldenburg im Zeitraum von 1880 bis 1913 schreibt Achilles (1990): „Den Bauern und Landwirten, die im Berichtszeitraum wirtschafteten, kann das für den Kapitalismus typische Gewinnstreben keinesfalls abgesprochen werden. Die vor dem Ersten Weltkrieg bekannten Arten der Intensivierung wurden aber nur zum Teil und nicht planmäßig ausgeschöpft. Infolgedessen wurde auch die maximale Intensitätssteigerung und damit die Gewinnmaximierung verfehlt. Der Bauer änderte durchaus seine Verhaltens- und Wirtschaftsweise, wurde aber noch kein reiner Unternehmer. Noch war bäuerliches Denken auf vielen Gebieten ungebrochen. So wurde die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln durch die Intensivierung noch nicht in Frage gestellt“ (Achilles 1990: 51). Als weiterer Punkt für die Innovationsfreudigkeit der Kleinbäuer_innen gilt das Genossenschaftswesen (vgl. Aldenhoff-Hübinger 2002: 17f.).

Nicht allen Bäuer_innen gelang es, ihren Betrieb zu stabilisieren, indem sie sich vergrößerten. Andere hielten dem Druck nicht stand und mussten das Land verlassen (vgl. Müller 1990). Kennzeichen hierfür war die Wanderungsbewegung in die Städte und nach Übersee. Nach Henkel (1993) speiste sich ein Drittel der Arbeiterschaft in den Städten aus dem ländlichen Bevölkerungsüberschuss (vgl. Henkel 1993: 40ff.).

Kluge (2005) hingegen sieht die kleinbäuerlichen Interessen durch die kaiserliche Agrarpolitik gestützt. Die Familienbetriebe waren breiter aufgestellt und bauten nicht nur Getreide an. Die Schutzzölle wurden auf eine Vielzahl von landwirtschaftlichen Produkten

erhoben. So konnten die Familienbetriebe ihre Produkte zu guten Preisen absetzen (vgl. Kluge 2005). Die Großgrundbesitzer hielten am Getreideanbau fest und wechselten nicht zur profitableren Veredelungswirtschaft (vgl. Kluge 2005: 6).

Die Phase der Konstituierung der landwirtschaftlichen Interessenorganisation des Bundes der Landwirte zeigt, dass die Kleinbäuer_innen in Deutschland keinen eigenständigen politischen Akteur darstellten, und dies obwohl der Strukturwandel ihre Existenz direkt infrage stellte. Die Großagrarien, mit denen sie sich verbündeten, hatten andere Interessen und dominierten den Bund der Landwirte. Pyta (2000) spricht für diese Zeit von einer parochialen politischen Kultur: „Der durchschnittliche Landbewohner hatte sich trotz gelegentlichen Aufbegehrens gegen die politische Führungsrolle des Großgrundbesitzes nicht zu einem partizipationshungrigen Staatsbürger gewandelt“ (Pyta 2000: 211).

Die Forderung nach Protektionismus im Bund der Landwirte war bereits zwiespältig. Sie verband konservative Bauernideologie mit der Forderung nach Modernisierung der Landwirtschaft. Ebenso versuchten die Bäuer_innen durch Modernisierungsleistungen ihren Betrieb zu erhalten und übersahen dabei, dass nicht alle in diesem „Spiel“ gewinnen konnten. Die Bauernideologie hingegen verschleierte diesen Umstand und machte glauben, dass die gesellschaftliche Entwicklung eine Modernisierung aller ermögliche.

Im folgenden Abschnitt wenden wir uns der Zeit des Nationalsozialismus zu und überspringen damit die Entwicklungen in der Weimarer Republik.

3.2 Nationalsozialismus und Erbhofregelung

Die Erbhofregelung zur Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) zeigt, wie die Idealisierung des Bauern zu einer agrarpolitischen Maßnahme führte, die letztlich nicht den Kleinbäuer_innen nützte und den Strukturwandel forttrieb. Die „Blut-und-Boden“-Ideologie der Nationalsozialisten war anti-industriell und völkisch ausgerichtet. Konkret wird in dieser Ideologie die Vorstellung vermittelt, dass es ein „deutsches Volk“ gebe und dieses Volk als Einheit seine Wurzeln in den ländlichen Schichten finde, da diese mit der Natur und der Tradition verbunden seien. Dadurch übten sie als Erneuerungsquelle für die nichtländlichen Schichten eine wesentliche Funktion aus (vgl. Gies 2000). Nach Mai (2007) verband sich die nationalsozialistische Bauernideologie mit dem „kulturpessimistische(n) Dis-

kurs der europäischen Intellektuellen“ (Mai 2007: 486). Dieser kam „europaweit u. a. in Heimat(schutz)- und Volkskultur-Bewegung, Siedlungs- und Gartenstadt-Bewegung, Jugendbewegung und Lebensreform“ (ebd.) zum Ausdruck. Dieser Diskurs war gegen Kapitalismus und Modernisierung gerichtet und propagierte eine kulturelle Reagrarisierung. Nach Gies (2000) erhielt das Leitbild der Reagrarisierung nach dem Ersten Weltkrieg neuen Aufschwung. Im Zuge von Urbanisierung und Industrialisierung warb die Agrarlobby dafür, „den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungsprozeß, der mit der Industrialisierung einherging, wenn nicht umzukehren, so doch zu verlangsamen“ (Gies 2000: 145). Dennoch war die Forderung nach Reagrarisierung nicht nur rückwärtsgewandt. Mooser (2000) weist darauf hin, dass anti-urbanistische Ideologien in der Zwischenkriegszeit auf eine Neuordnung des Verhältnisses von Stadt und Land zielten. Die Kleinbauernwirtschaften sollten zu technisierten Vollbauernhöfen umgerüstet werden: „Die Bauern wurden in den agrarischen Ideologien gewissermaßen neu erfunden“ (Mooser 2000: 31). Rückwärtsgewandtheit oder Neuausrichtung – die unterschiedliche Interpretation in der Forschung weist auf die Ambivalenz des Ideologischen, das in alle Richtungen anschlussfähig bleiben kann.

Durch die in der Bevölkerung und im Zeitgeist weit verbreitete Bauerntumsideologie fand der Nationalsozialismus in den ländlichen Schichten eine Stütze. Puhle (1975) macht dies an der Zunahme von Parteimitgliedern zur NSDAP sowie an den Wählerstimmen aus dem Agrarsektor an die NSDAP fest (vgl. Puhle 1975: 92).

Die Unzufriedenheit auf dem Land nahm im Zuge der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre noch zu und zeigte sich stellenweise in massenhaften Bauernprotesten. Diese Proteste wurden von der NSDAP zu vereinnahmen versucht, obwohl sie stellenweise ihre Eigenständigkeit behielten (vgl. Gessner 2009; Kluge 2005: 27ff.; Mooser 2000).

Die Bauernproteste konnten sich nicht lange als Agrarbewegung halten. Der Bund der Landwirte hatte sich Ende des Ersten Weltkrieges und nach der Novemberrevolution als Reichslandbund – nach Puhle (1975) mit größtenteils demselben Vereinsaufbau – neu gegründet. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde der Reichslandbund nicht wie andere Organisationen Opfer der Gleichschaltung, sondern mitsamt seinen Organisationsstrukturen als Reichsnährstand in den Staatsapparat integriert (vgl. Mai

2007: 477ff.; Puhle 1975: 89ff., 92f.). Die Landwirtschaft sollte in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt werden.

R. W. Darré leitete als „Reichsbauernführer“ den Reichsnährstand. Sein agrarpolitisches Konzept verband die Ziele Produktivitätssteigerung und Förderung der Familienbetriebe. Es umfasste traditionelle Forderungen nach Autarkie, Festpreise, staatliche Marktregulierungen, Entschuldung der Betriebe und eine ideologische Aufwertung des Bauernstandes (vgl. Puhle 1975: 93ff.). Daneben wurde mit neuen und alternativen Formen landwirtschaftlicher Anbaupraktiken experimentiert (vgl. Vogt 2000), was darauf hindeutet, dass die Bauerntumsideologie des Nationalsozialismus nicht nur rückwärtsgewandt war, sondern eine wenn auch alternative Modernisierung angestrebt wurde (vgl. Nützenadel 2010).

Als eine der politischen Maßnahmen aus der Zeit des Nationalsozialismus soll im Folgenden die Erbhofgesetzgebung genauer betrachtet werden. Mit der Einrichtung von Erbhöfen wurde das Ziel verfolgt, eine breite, wirtschaftlich starke bäuerliche Schicht zu bilden. Hierzu wurden Höfe zur Vergabe als Erbhof ausgeschrieben. Ebenso bestand die Möglichkeit, einen bereits bestehenden Hof als Erbhof anerkennen zu lassen. Der Erbhof sollte zwischen 7,5 und 125 Hektar groß, unveräußerlich, unteilbar und unbelastbar sein. Ebenso war der Erbhof vor der Zwangsvollstreckung gesichert. Das Anerbenrecht, bei dem das Erbe nur auf einen Erben überging, war obligatorisch und sollte die Zersplitterung des Landes vermeiden. Weiterhin sollte der Besitzer – ganz der rassepolitischen Ausrichtung folgend – deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft sein (vgl. Puhle 1975: 99ff.). Die Einrichtung der Erbhöfe stand in Zusammenhang mit einer agrarischen Großraumplanung, bei der nicht überlebensfähige Höfe ausgemustert und deren Fläche anderen Betrieben zugeordnet wurde, während die ehemaligen Besitzer_innen in den noch zu erobernden Gebieten (insbesondere Weißrussland, Ukraine, Krim und das Gebiet um Leningrad) wieder angesiedelt werden sollten. Die dort bereits lebenden circa 13 Millionen Menschen sollten vertrieben werden (vgl. Gies 2000: 157f.; Pyta 2000).

Trotz eines stärkeren auf Kleinbauer_innen konzentrierten Bezuges der nationalsozialistischen „Blut- und Boden“-Ideologie profitierten von der Agrarpolitik vor allem die Großagrarier (vgl. Puhle 1975: 98). So betrafen die staatlichen Entschuldungsmaßnahmen nur die Erbhöfe und die Großbetriebe, die meisten Familien-

betriebe, die nur eine Größe unter 7,5 Hektar hatten, gingen leer aus (vgl. Kluge 2005: 95). Nach Ansicht von Kluge (2005) sollte damit eine Zwei-Klassen-Landwirtschaft geschaffen werden, mit Erbhöfen auf der einen und tolerierten Gutsbetrieben auf der anderen Seite (vgl. Kluge 2005: 29 u. 90f.). Demnach wurden unter der Ideologie, Kleinbäuer_innen stärken zu wollen, nur größere und mittlere Betriebe gefördert. Die Politik der Erbhöfe gilt in der Forschung aus mehreren Gründen als nicht erfolgreich. Zum einen waren, nach Puhle (1975), Anfang 1939 nur etwa 12 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe als Erbhof anerkannt. Die Einrichtung der Erbhöfe blieb weit unter den Zielvorgaben zurück (vgl. Puhle 1975: 100). Hierfür wurde nicht zuletzt der Widerstand in der Bauernschaft hinsichtlich der Umsiedlungspläne verantwortlich gemacht (vgl. Gies 2000: 155; Pyta 2000: 220f.). Zum anderen wurde der landwirtschaftliche Bereich infolge der Konzentration auf die Rüstungsindustrie vernachlässigt. Im Rahmen der sogenannten „Erzeugungsschlacht“ erhielten die Protagonisten einer Intensivlandwirtschaft die Oberhand (vgl. Kluge 2005: 32, 91ff.). Jenseits dessen waren die Erbhöfe überreguliert. Im Gegenzug zu der staatlichen Bevorzugung hinsichtlich der Entschuldung und bei der Ausrichtung der Preis- und Marktpolitik, verlangte der Staat wirtschaftliche und politische Leistungen (vgl. Kluge 2005: 91).

Die Modernisierung der Landwirtschaft vollzog sich unabhängig davon – wenn auch langsam und schleppend (vgl. Kluge 2005: 93). So verfünffachte sich die Zahl der Betriebe mit Traktoren in Deutschland von 1925 bis 1939. Ebenso setzte sich der Strukturwandel fort. Der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft sank von 28,9 Prozent im Jahr 1933 auf 26,1 Prozent 1939. Ebenso verringerte sich die Anzahl der Erwerbstätigen im Bereich der Landwirtschaft. Verließen zwischen 1925 und 1933 jährlich 10.000 Menschen den Agrarsektor, so waren es zwischen 1933 und 1939 jährlich 70.000 Menschen (vgl. Gies 2000: 154). Die Modernisierung zeigte sich demnach auch daran, dass die Landwirtschaft als Arbeitsbereich wegen der schlechten Arbeitsbedingungen, sowohl was Löhne als auch Unterbringung und Berufsperspektive betraf, unattraktiv wurde. Seit dem Ersten Weltkrieg bestand das Problem der „Landflucht“, die einen Arbeitskräftemangel auf dem Land nach sich zog (vgl. Kluge 2005: 84). Die hieraus resultierenden Schwierigkeiten verschärften sich mit der neuen Abwanderungswelle. Ein Wandel fand ebenso im Selbstverständnis der Bäuer_innen statt. Nach Kluge (2005) setzte sich das

unternehmerische Denken bei den Bäuer_innen mehr und mehr durch. Durch den staatlichen Druck, die Produktivität zu steigern, wandelte sich der Charakter der Familienbetriebe selbst: Sie wurden zu kapitalistischen Landwirten (vgl. Kluge 2005: 90).

Die Erbhofgesetzgebung zeigt erneut die Ambivalenz zwischen Rückwärtsgeandtheit und Modernisierung in den Agrarideologien. Einerseits wurde die Arbeits- und Lebensweise der Bäuer_innen verklärt. Andererseits wurde eine Modernisierung und Produktivitätssteigerung verlangt und versucht, die Betriebe wirtschaftsfähig zu machen. Das Bild des traditionellen Bauern war in Wirklichkeit eine Neuerfindung. Die Erbhofregelung zeigt im Einzelnen, dass von Anfang an nur die mittleren Betriebe Ziel der Agrarpolitik waren.

Die Bäuer_innen blieben in der Zeit des Nationalsozialismus nicht passiv: Sie übten Widerstand gegen die Umsiedlungspläne und antworteten auf die zunehmende Kontrolle nationalsozialistischer Behörden mit Rückzug und Verweigerung (vgl. Pyta 2000: 224f.). Dennoch wurden sie hierdurch nicht zu einem politischen Subjekt. Die ländlichen Massenproteste im Zuge der Weltwirtschaftskrise führten nicht zu einer eigenständigen politischen Willensbildung der Bäuer_innen.

3.3 Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Doppeldeutigkeit agrarpolitischer Vorstellungen zur Modernisierung und Bewahrung des Bauernstandes wird ebenso an der Agrarpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich. Die Entwicklung der Landwirtschaft vollzog sich in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. Im Westen – auf dessen Entwicklung sich in der folgenden Darstellung konzentriert wird – ist eine Kontinuität der Agrarpolitik zur Vorkriegszeit festzustellen. Die Landwirtschaft sollte erneut als ein besonderer Wirtschaftsbereich geschützt werden. Hierzu wurde die Landwirtschaft von der damals propagierten „sozialen Marktwirtschaft“ in Westdeutschland ausgenommen (vgl. Kröger 2006: 102). Damit wurde an die Marktordnungsprinzipien der Weimarer Zeit und des Nationalsozialismus angeschlossen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Lage in Deutschland prekär. Während des Krieges konnte eine Hungerkatastrophe unter der deutschen Bevölkerung nur durch eine Umverteilung der Lebensmittel aus den besetzten Gebieten verhindert werden; womit deren Bevölkerung dem Hunger preisgegeben wurde. Der Grundnahrungsbedarf konnte nach dem Krieg nur zu

50 Prozent aus eigener Erzeugung bestritten werden (vgl. Kluge 2005: 35f.). Das Ziel der Agrarpolitik war demnach eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, um die Grundversorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen.

Die Familienlandwirtschaft wurde als zentrales Leitbild der Agrarpolitik propagiert. Ein Betrieb galt als ein Familienbetrieb, wenn er einer Familie volle Beschäftigung und ein ausreichendes Einkommen allein aus der Landwirtschaft ermöglichte (vgl. Sinkwitz 2000).

Knudsen (2009) zeigt für die europäische Agrarpolitik, dass es unterschiedliche Interpretationen des Leitbilds Familienlandwirtschaft gegeben hat. Zum einen konnte dieses Leitbild im Sinne einer Modernisierung der Landwirtschaft interpretiert werden: durch die Abschaffung der Kleinst- und Nebenerwerbsbetriebe, um überlebensfähige Wirtschaftseinheiten zu schaffen. Zum anderen konnte darunter aus konservativer Hinsicht auch der Erhalt der bäuerlichen Lebens- und Arbeitsstruktur aufgefasst werden. Hier sehen wir erneut die spezifische Funktionsweise des Ideologischen, die uns bereits zuvor begegnet ist: Dasselbe Leitbild vereint zwei gegensätzliche Tendenzen, die sich im Prinzip ausschließen: Modernisierung und Kleinbauerntum.

Der ideologische Gehalt des Leitbildes offenbart sich weiterhin darin, dass es gegen die Kollektivierungen im Osten Deutschlands in Stellung gebracht wurde (vgl. Kluge 2005: 99; Bauerkämper 2000: 152). Nach Sinkwitz (2000) wurde der Begriff des „freien Bauern“ zum Kampfbegriff im Kalten Krieg (vgl. Sinkwitz 2000: 189). Damit war das Leitbild Familienlandwirtschaft nicht nur ein agrarpolitisches Konzept, sondern stand ebenso für ein bestimmtes Gesellschaftssystem. Die Verbindung mit dem Konzept der „Familie“, die genauso aus konservativer Richtung idealisiert wurde, war gleichermaßen ideologisch (vgl. Patel 2010: 164). Auch in Bezug auf den spezifischen bäuerlichen Familientyp zeigt sich der Aspekt des Ideologischen als symbolischer Realitätsbezug: So verweisen Bohler und Rösener (2012) darauf, dass die Vorstellung von einer in der Vormoderne herrschenden Großfamilie als Familientypus der bäuerlichen Familie ein Mythos gewesen sei. Insbesondere in Gebieten mit Realteilung herrschten kleinere Familientypen vor (vgl. Bohler/Rösener 2012). Auch in Bezug auf die bäuerliche Familie wird eine existente, zeitlich und örtlich bestimmbare Lebensform als Idealbild pauschalisiert und generalisiert und in die Vergangenheit projiziert.

Der Deutsche Bauernverband (DBV) wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als neue Lobbyorganisation gegründet, welche die landwirtschaftlichen Interessen in einer neuen, mitgliederstarken Einheitsorganisation zusammenfasste (vgl. Patel 2010: 162; Puhle 1975). Puhle (1975) stellt hinsichtlich der politischen Ausrichtung eine gewisse Kontinuität fest: Der Deutsche Bauernverband, nun aller nationalsozialistischen Ideologie entledigt, gab sich staatsloyal und blieb in seiner politischen Ausrichtung konservativ. Seine Politik kann als widersprüchlich angesehen werden: Einerseits propagierte er den Familienbetrieb, andererseits unterstützte er auch die Interessen der Großgrundbesitzer. Ebenso forderte er Strukturreformen, verlangte aber gleichzeitig eine Intervention des Staates (vgl. Puhle 1975: 109). In den folgenden Jahrzehnten konnte der Deutsche Bauernverband trotz abnehmender Basis infolge des Höfesterbens seinen Einfluss auf die Agrarpolitik erhalten, erst auf Bundes-, dann mit der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) seit den 1960er-Jahren ebenso auf Europaebene (vgl. Patel 2010: 162ff.; Kluge 2005: 109; Puhle 1975: 105ff.).

Im Landwirtschaftsgesetz von 1955, auf das der Deutsche Bauernverband starken Einfluss ausübte, wurde die Familienlandwirtschaft als Leitbild der Agrarpolitik sowie protektionistische Instrumente festgeschrieben. Beschlossen wurde eine „massive“ Stützung des landwirtschaftlichen Sektors durch vor allem preis- und marktpolitische Maßnahmen. Dies kam im Endeffekt wiederum nur den großen Betrieben zugute (vgl. Patel 2010: 167; Knudsen 2009: 67f.; Kröger 2006: 106f.; Kluge 2005: 39f.; Henkel 1993: 133f.).

Auch vom Deutschen Bauernverband wurde von einer allgemeinen Krise in der Landwirtschaft gesprochen, um agrarpolitischen Maßnahmen zu legitimieren. Dabei wurden Unterschiede zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben heruntergespielt. So gab es größere Disparitäten zum Beispiel in Bezug auf das Einkommen innerhalb der Landwirtschaft als zu anderen Sektoren: „Der DBV setzte in der Öffentlichkeit die verfälschende Deutung durch, alle Bauern stünden vor denselben Problemen. Unter diesem Deckmantel konnte er für Positionen eintreten, von denen vor allem Großerzeuger profitierten, die zugleich in der Verbandsspitze deutlich überrepräsentiert waren“ (Patel 2010: 186). Dieser Hinweis macht eine weitere Funktion des Ideologischen deutlich: die Pauschalisierung. Unter dem Begriff „Bauer“ wurden ganz unterschiedliche Lebenswirklichkeiten subsumiert.

Hinsichtlich des angestrebten Zieles einer Produktivitätssteigerung war die Agrarpolitik schnell erfolgreich: Schon 1952/53 bestand in Westdeutschland keine Mangelsituation mehr (vgl. Kröger 2006: 104). Die Familienbetriebe konnten nach Kluge (2005) ein hohes Produktivitätsniveau erreichen. Nach seiner Einschätzung verlangsamte zumindest die Agrarpolitik den Strukturwandel von Klein- zu Großbetrieben (vgl. Kluge 2005: 38, 100). Das Ziel, die Einkommen anzugleichen, ist jedoch nicht erreicht worden: Nur unter besonderen Bedingungen konnte der bäuerliche Familienbetrieb ein Unternehmen mit einem guten Einkommen und mäßiger Arbeitsüberlastung werden. Sinkwitz (2000: 191) verweist darauf, dass dies nur ein Drittel aller Betriebe betraf. Die restlichen zwei Drittel wären durch eine „chronische physische und psychische Überlastung“ (ebd.) gekennzeichnet gewesen.

Währenddessen schritt die Industrialisierung der Landwirtschaft voran. Dies betraf nicht nur die Maschinisierung mit dem Traktor als Wahrzeichen (vgl. Exner 2000: 44), sondern auch einen höheren landwirtschaftlichen Input von Pestiziden und Dünger. Kröger (2006) nennt folgende Zahlen: Der Verbrauch von Handelsdünger verdoppelte sich in der BRD von 1950 bis 1964 bei Stickstoff, Phosphat und Kali. Ebenso verdoppelte sich die ausgebrachte Menge von Pflanzenschutzmitteln im gleichen Zeitraum. Der Bestand an Mähreschern stieg auf mehr als das Vierfache: von 26.000 im Jahr 1958 auf 134.500 im Jahr 1965 (vgl. Kröger 2006: 121f.). Die Industrialisierung der Landwirtschaft konnte aber den zunehmenden Bedeutungsverlust der Landwirtschaft für die gesamte Volkswirtschaft nicht aufhalten. So sank der Anteil der Landwirtschaft am Brutto sozialprodukt von 10,2 Prozent im Jahr 1950 auf 5,75 Prozent im Jahr 1960 (vgl. Gerhard 2000: 127).

Die Konzentrationsprozesse in der Landwirtschaft setzten sich hingegen trotz des anderslautenden agrarpolitischen Leitbildes fort (vgl. Kluge 2005: 39ff.). So sank die Anzahl der Beschäftigten zwischen 1954 und 1965 von rund 6,2 Millionen um etwa 40 Prozent auf 3,7 Millionen (vgl. Kröger 2006: 30). Das war der stärkste Rückgang in einer Nachkriegsdekade. Ebenso sank die Anzahl der Klein- und Kleinstbetriebe mit einer Betriebsgröße von unter 10 Hektar im gleichen Zeitraum und stieg bei den mittleren Betrieben mit einer Betriebsgröße zwischen 10 und 50 Hektar (vgl. Kröger 2006: 124). Desgleichen war eine Erosion der Vollerwerbsbetriebe zu Neben- und Zuverdienerbetrieben zu beobachten. Die „Arbeiterbauern“ (Exner 2000: 44)

benutzten den Hof nun nur noch zur Sicherung ihrer Lebensgrundlage (vgl. Gerhard 2000: 130, 136f.)

Nach Exner (2000) – der in seinem Aufsatz den Wandlungsprozess von den 1920er- bis zu den 1980er-Jahren betrachtet – war die sogenannte „Landflucht“ eher eine „Berufsflucht“ (Exner 2000: 48). Nur in wenigen ländlichen Gebieten sank die Bevölkerungszahl, und in einigen stieg sie sogar. Im ländlichen Bereich wohnen zu bleiben und im Industrie- oder Dienstleistungssektor tätig zu sein ermöglichte unter anderem die zunehmende Verbreitung des Individualverkehrs. Durch den Anstieg des Pendlerwesens veränderte sich dabei die Dorfgemeinschaft. Abschließend stellt Exner (2000) fest: „Damit bewirkten der ökonomische Strukturwandel einerseits und die Urbanisierung andererseits, daß sich die Dörfer von Bauernsiedlungen in mehr oder weniger geprägte, urbanisierte Wohngemeinden verwandelten und das zuvor starre Schwarz-Weiß-Bild zwischen Stadt und Land in fließende Graustufen übergang“ (Exner 2000: 68).

Der Modernisierungsprozess wurde ohne großen Widerstand der Bevölkerung hingenommen. Die alten bäuerlichen Normen und Werte wurden von vielen Bäuer_innen, ohne darauf zu beharren, verabschiedet (vgl. Kröger 2006: 152ff.). Der Konkurrenzdruck und die im Vergleich zur restlichen Bevölkerung schlechteren Arbeits- und Lebensbedingungen mögen hierfür ein Grund gewesen sein. Übergreifende Widerstandsbewegungen sind in dieser Zeit der beschleunigten Modernisierung nicht auszumachen.

In diesem Sinne lässt sich darüber streiten, ob das kritische Potenzial der Bäuer_innen, die sich in ihrer Existenz bedroht sahen, durch die Einheitsorganisation des Deutschen Bauernverbandes aufgefangen wurden. Schließlich hatte die Agrarpolitik sich den Erhalt der Familienlandwirtschaft auf die Fahnen geschrieben. Somit fand das eigene Interesse am Erhalt des Betriebes in der großen Politik bereits seinen Fürsprecher.

In der Forschungsliteratur dreht sich die Frage demnach nicht nur darum, inwiefern durch die Agrarpolitik der soziale Wandel sozial verträglich abgefedert wurde, sondern auch inwiefern die erfolgreiche politische Einbindung der Bäuer_innen eine politische Destabilisierung der Bundesrepublik verhinderte. Gerhard (2000) verweist darauf, dass ein Problem der Nachkriegspolitik darin bestand, die demokratiekritischen Bäuer_innen von einst, welche in der Weimarer Zeit die Republik aus dem Gleichgewicht gebracht hatten, zu einer Stütze der politischen Nachkriegsordnung zu machen. Der Politik sei die „Explosivität

der Bauernfrage wohl bewußt“ (ebd. 126) gewesen. Die politische Einbindung der Bäuer_innen gelang der Agrarpolitik nicht nur durch die Zusicherung, die Familienbetriebe zu stützen, sondern auch durch konkrete Vergünstigungen: „Finanzielle Zuwendungen in Form von Krediten, Subventionen und sozialen Maßnahmen wurden in wachsendem Umfang eingesetzt, um den Agrarsektor trotz abnehmender wirtschaftlicher Bedeutung am allgemeinen Aufschwung teilhaben zu lassen“ (Gerhard 2000: 139). Ebenso verweist Patel (2010) darauf, dass der Deutsche Bauernverband in der Nachkriegszeit zur Durchsetzung seiner Interessen das „nuancenreiche Spiel mit der Drohung, die Geschichte könne sich wiederholen betrieb (Patel 2010: 170; vgl. ebenso Krammer 1989).

Die staatlichen Hilfeleistungen standen nach Patel (2010) ebenfalls in Zusammenhang mit einer allgemeinen Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat. In dieser Hinsicht stand das agrarpolitische Ziel, die Einkommen im ländlichen Bereich jenen im Industrie- und Dienstleistungssektor anzugleichen. „Agrarpolitik wurde in dieser Zeit zu einer Sozialpolitik für die Erzeuger: Es ging nicht so sehr um die Landwirtschaft, sondern um deren Produzenten, denen durch staatliche Finanzspritzen der Anschluss an die ökonomische Gesamtentwicklung ermöglicht werden sollte“ (Patel 2010: 168).

Im Zuge dessen änderte sich die Rollenzuschreibung an die Landwirt_in: Er/Sie wurde nicht mehr als ein_e Unternehmer_in gesehen, sondern als ein soziales Amt, das bestimmte öffentliche Aufgaben zu übernehmen hatte (vgl. Mooser 2000: 27): In der Nachkriegszeit wurde von ihm/ihr erwartet, Nahrungsmittel zu produzieren, um Ernährungskrisen abzuwenden und damit die Gesellschaft stabil zu halten, später wurde von ihm/ihr die Produktion von gesunden Lebensmitteln und der Erhalt der Kulturlandschaft gefordert. Knudsen (2009) verweist jedoch darauf, dass die besondere Rolle der Landwirt_in Teil der Bauerntumsideologie seit dem Kaiserreich gewesen ist. Die Landwirtschaft wurde als ein besonderer Wirtschaftsbereich angesehen und der mit seiner Familie wirtschaftende Bauer als vor der Kapitalisierung gefeierter Produzent (vgl. Knudsen 2009).

Insofern lassen sich an der Agrarpolitik der Nachkriegszeit verschiedene Aspekte des Ideologischen beobachten. Die Bäuer_innen wurden als förderungswürdige Personengruppe pauschalisiert dargestellt, obwohl die Unterschiede zwischen den Betrieben beträchtlich waren. Ebenso ist der Aspekt der Generali-

sierung festzustellen. Ein Betriebstyp wurde gegenüber dem anderen bevorzugt: der Familienbetrieb, obwohl dieser nur ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachte. Damit wurde der Anschein erweckt, als ob die gesamte landwirtschaftliche Produktion über Familienbetriebe abgewickelt werden würde. Weiterhin tritt der Aspekt des symbolischen Realitätsbezuges auf. Es wurde ein Bild vom Familienbetrieb erfunden, das sowohl rückwärtsgewandte Interessen als auch Bestrebungen zur Modernisierung binden konnte. Der überlebensfähige Familienbetrieb konnte einerseits mit konservativen idealisierten bäuerlichen Werten in Verbindung gebracht werden als auch als Ansatzpunkt einer Agrar-Modernisierung dienen. Zwar gibt es Betriebe, die im Sinne einer Familienlandwirtschaft wirtschafteten, diese stehen aber als Symbol für eine urwüchsige Wirtschaftsform, die es schon immer gegeben hat und weiterhin geben soll. Für mich ist dies der Kern des Ideologischen, dem die beiden anderen Elemente nachgeordnet sind: unterschiedliche Zeit- und Raumbezüge werden generalisiert und pauschalisiert, um normative und deskriptive Elemente zu vermischen und den Unterschied zwischen beiden Aussagengruppen unkenntlich zu machen.

Eine Funktion dieser Ideologie könnte, wie der Blick auf die Forschungsliteratur gezeigt hat, gewesen sein, durch das Leitbild „Familienbetrieb“ die unteren bäuerlichen Schichten zu integrieren und am organisierten Widerstand zu hindern. Diese Funktion ist in diesem Fall durchaus positiv zu bewerten, wäre der Widerstand doch wahrscheinlich eher republikfeindlich und rechtsextrem ausgefallen.

Lehrreich ist ebenso die in der Literatur angeführte These, dass eine Funktion des Leitbildes und seine praktische Umsetzung darin bestanden habe, den Strukturwandel abzufedern. Diese Vorstellung impliziert, dass der gesellschaftliche Wandel sich notwendigerweise vollziehen musste und für die Akteure in der Landwirtschaft unausweichlich war. Die Industrialisierung riss in dieser Sichtweise einen Wirtschaftsbereich mit sich, ohne dass hier agiert, sondern nur reagiert werden konnte, wie das folgende Zitat von Sinkwitz (2000) verdeutlicht: „Damit hat sich das Leitbild bäuerlichen Familienbetriebes selbst ad absurdum geführt. Es beruhte auf einem Missverständnis bei der Einschätzung der Wirkkräfte der industriellen Wirtschaft und Gesellschaft. Das sture Festhalten an überkommenen und mittlerweile durch den Gang der Dinge überholten Vorstellungen, die Kluft zwischen den Vorstellungen von der bäuerlichen Landwirtschaft und ihrer

offenkundigen Realität bewirkte den Ideologiegehalt dieses Denkens. Und so waren es letztlich ideologische Gründe, die zum Leitbild und einer im Hinblick auf die Förderung bäuerlicher Betriebe verfehlten Agrarpolitik geführt haben. [...] Zu Gunsten der Ideologen kann freilich festgehalten werden, dass durch den daraus resultierenden mäßig und kontinuierlich verlaufenden und sozial abgefederten Abwanderungsprozess aus der Landwirtschaft der Gesellschaft soziale Erschütterungen erspart blieben“ (Sinkwitz 2000: 193).

Unausweichlich erschien der gesellschaftliche Wandel vermutlich zu dieser Zeit vielen Bäuer_innen, die schließlich resignierten und ihren Hof aufgaben, nicht aber jenen, die darum kämpften, ihren Hof zu erhalten. Aus der Sichtweise, dass sich der gesellschaftliche Wandel notwendig vollzog, handelten Letztere anachronistisch. Im Rückblick lässt sich dieses Diktum, dass bestimmte Anschauungsweisen einem gesellschaftlichen Entwicklungstrend angemessen sind oder nicht, sehr leicht treffen. Den Zeitgenossen dürfte diese Einschätzung etwas schwerer gefallen sein.

Dies führt zu einem vierten, bislang noch nicht genannten Aspekt des Ideologischen: zu dem, was Mannheim „Utopie“ nennt, nämlich die Hoffnung, dass eine andere Entwicklung möglich (gewesen) wäre. Die Hoffnung ist damit Teil des Ideologischen.

4. Zusammenfassung

Der Durchgang durch die Agrargeschichte in Deutschland zwischen 1870 und 1970 unter dem Aspekt des agrarpolitischen Zieles „Erhalt der bäuerlichen Familien-Landwirtschaft“ lässt notgedrungen viele wichtige Ereignisse unerwähnt und kann die agrargeschichtlichen Diskussionen nicht vollständig wiedergeben.

Mit den Ausführungen sollten die eingangs eingeführten Aspekte des Ideologischen veranschaulicht werden: die Aspekte der Pauschalisierung, der Generalisierung und des symbolischen Realitätsbezuges. Eine Pauschalisierung findet statt, da unter dem Begriff des „Bauern“ und der „Landwirtschaft“ ganz unterschiedliche Betriebstypen, Einkommenslagen und Wirtschaftsweisen gezählt wurden. Eine Generalisierung fand statt, da der bäuerliche Familienbetrieb als zentrale Form der Landwirtschaft dargestellt wurde, obwohl er nur einen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe umfasste. Durch Pauschalisierung und Generalisierung wird nicht nur die Wirklichkeit verzerrt dargestellt, hierdurch lassen sich auch unterschiedliche Interessen miteinander ver-

binden, wie hier die der Groß- und Kleinbäuer_innen. Der symbolische Realitätsbezug besteht darin, das Leitbild Familienbetrieb als überzeitliche, ursprüngliche Wirtschaftsform darzustellen, die einerseits in den bereits existierenden Familienbetrieben verwirklicht ist, andererseits aber als normative, zukünftig zu erstrebende Wirtschaftsform erscheint. Dadurch werden deskriptive und normative Aussagen miteinander vermischt. Dies halte ich für einen zentralen Aspekt des Ideologischen, der auch auf andere Ideologien, die den Vergangenheitsbezug nicht besitzen, zutreffen könnte.

Neben diesen drei bereits eingangs genannten Aspekten schälte sich in der Analyse ein weiterer, vierter Aspekt des Ideologischen heraus, der zumindest für die Agrarideologie des hier betrachteten Zeitraumes gelten kann: Das Ideologische ist hier mit dem Utopischen verbunden, denn die Ideologie der Herrschenden verband sich mit den Leidenschaften und Wünschen der Menschen.

Damit sind Ideologien symbolische Wirklichkeitsbeschreibungen, die sowohl anachronistisch als auch progressiv sein können. Sie sind in einer momentanen gesellschaftlichen Situation Hoffnung und falsches Versprechen zugleich. Übertragen auf die eingangs genannten Zitate zu den transnationalen Agrarbewegungen, drücken diese die Hoffnung auf einen globalen Wandel landwirtschaftlicher Produktion im Rahmen einer Transformation zu einer demokratischen ökosozialen Gesellschaft aus, und wir können nicht wissen und nicht beurteilen, ob sich diese Hoffnung erfüllen wird.

Literatur

- Achilles, W. (1990): Die Entbäuerlichung des Bauern (1880 bis 1913). Dargestellt an den Regionen Magdeburger Börde, Anhalt, südliches Niedersachsen und Oldenburg. In: Jacobeit, W./Mooser, J./Sträth, B. (Hg.): *Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich*. Berlin: Akademie Verlag, 49-52.
- Aldenhoff-Hübinger, R. (2002): *Agrarpolitik und Protektionismus. Deutschland und Frankreich im Vergleich 1879-1914*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bauerkämper, A. (2000): Kommentar. Der lange Abschied von vertrauten Grenzen. Landwirtschaft und dörfliche Gesellschaft in der industriellen Welt. In: Münkler, D. (Hg.), *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*. Göttingen: Wallstein, 143-154.
- Bohler, K. F./Rösener, W. (2012): Editorial. *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 60 (2), 8-13.

- Eagleton, T. (2000): *Ideologie. Eine Einführung*. Stuttgart, Weimar: Metzler.
- Exner, P. (2000): „Wenn Frauen Hosen tragen und die Wagen ohne Deichseln fahren, dann ändern sich die Zeiten.“ Ländliche Gesellschaft in Westfalen zwischen Weimar und Bonn. In: Münkel, D. (Hg.): *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*. Göttingen: Wallstein, 39-68.
- Gerhard, G. (2000): Das Ende der deutschen Bauernfrage – Ländliche Gesellschaft im Umbruch. In: Münkel, D. (Hg.): *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*. Göttingen: Wallstein, 124-142.
- Gessner, D. (2009): Die Landvolkbewegung 1928/1929: Selbstständige bäuerliche Protestbewegung oder Vorläufer der Nationalsozialisten auf dem Lande? *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 57 (2), 96-102.
- Gies, Horst (2000): Reagrarisierung oder Industrialisierung? Programmatik und Realität in der nationalsozialistischen Agrar- und Wirtschaftspolitik. *Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 48 (2), 145-160.
- Harnisch, H. (1990): Zwischen Junkertum und Bürgertum. Der Bauer im ostelbischen Dorf im Widerstreit der Einflüsse von traditionalem Führungsanspruch des Adels und moderner kapitalistischer Gesellschaft. In: Jacobeit, W./Mooser, J./Sträth, B. (Hg.): *Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich*. Berlin: Akademie Verlag, 25-36.
- Henkel, G. (1993): *Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*. Teubner: Stuttgart.
- Hermand, J. (1991): *Grüne Utopien in Deutschland. Zur Geschichte des ökologischen Bewußtseins*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Hoering, U. (2008): Kleinbäuerliche Landwirtschaft unter dem Druck des kapitalistischen Weltmarkts. *Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 76, 70-79.
- Hroch, Miroslav (2010): Bauern und Agrarfrage in den nationalen Bewegungen Mitteleuropas vor dem Ersten Weltkrieg. In: Schultz, H./Harre, A. (Hg.) (2010): *Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne. Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880 bis 1960*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 87-101.
- Kluge, U. (2005): *Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft im 20. Jahrhundert*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Knudsen, A.-Chr. L. (2009): Ideas, Welfare, and Values. Framing the Common Agricultural Policy in the 1960s. In: Patel, K. K. (Hg.): *Fertile Ground for Europe? The History of European Integration and the Common Agricultural Policy since 1945*. Baden-Baden: Nomos, 61-78.
- Krammer, J. (1989): Landleben als Ideologie: Entwicklung und Funktion der Bauerntumsideologie. In: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hg.) (1989): *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie*, Zürich 1988. Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen. Zürich: Seismo-Verlag, 706-709.
- Kröger, M. (2006): *Die Modernisierung der Landwirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung der Agrarpolitik Deutschlands und Österreichs nach 1945*. Berlin: Logos Verlag.
- Mai, G. (2007): Die agrarische Transition. Agrarische Gesellschaften in Europa und die Herausforderungen der industriellen Moderne im 19. und 20. Jahrhundert. *Geschichte und Gesellschaft*, 33, 471-514.
- Mannheim, K. (1929/1985): *Ideologie und Utopie*. Frankfurt/M.: Klostermann.
- Marx, K./Engels, F. (1857/1953): *Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten*. Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 29. Berlin/DDR: Dietz-Verlag.
- McMichael, Ph. (2008): Peasants Make Their Own History, But Not Just as They Please ... In: Borras Jr., S. M./Edelman, M./Kay, Ch. (Hg.): *Transnational Agrarian Movements Confronting Globalization*. Malden, Oxford: Wiley-Blackwell, 37-60.
- Mills, C. W. (1951/1969): *White Collar. The American Middle Classes*. London, Oxford, New York: Oxford University Press.
- Moore, B. (1974): *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mooser, J. (2000): Das Verschwinden der Bauern. Überlegungen zur Sozialgeschichte der „Entagrarisierung“ und Modernisierung der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert. In: Münkel, D. (Hg.): *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*. Göttingen: Wallstein, 23-35.
- Müller, H.-H. (1990): Bürgerlich-kapitalistische Formen in der Landwirtschaft und ihr Einfluß auf die dörfliche Produktion und Lebensweise – am Beispiel der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete. In: Jacobeit, W./Mooser, J./Sträth, B. (Hg.): *Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich*. Berlin: Akademie Verlag, 37-48.
- Ottenjann, H. (1990): Kultur-Leitbilder der bäuerlichen Oberschicht Nordwestniedersachsens. In: Jacobeit, W./Mooser, J./Sträth, B. (Hg.): *Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich*. Berlin: Akademie Verlag, 97-111.
- Nützenadel, A. (2010): Die autoritär-faschistischen Diktaturen Südeuropas: Italien, Portugal und Spanien in der Zwischenkriegszeit. In: Schultz, H./Harre, A. (Hg.) (2010): *Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne. Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880 bis 1960*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 275-288.
- Patel, K. K. (2010): Der Deutsche Bauernverband 1945 bis 1990. Vom Gestus des Unbedingten zur Rettung Europas. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 58 (2), 161-179.
- Pelzer, M. (2000): Landwirtschaft und landwirtschaftliche Vereine – Zur Entwicklung der Lüneburger Heide im 19.

- Jahrhundert. *Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 48 (2), 124-144.
- Puhle, H.-J. (1975): *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pyta, W. (2000): Das Dorf im Fadenkreuz der Politik. Politische Willensbildung und Milieuwandel im ländlichen Lebenskreis 1918 bis 1945. In: Münkel, D. (Hg.): *Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn*. Göttingen: Wallstein, 209-226.
- Rehmann, J. (2008): *Einführung in die Ideologietheorie*. Hamburg: Argument.
- Ritsert, J. (2002): *Ideologie. Theoreme und Probleme der Wissenssoziologie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schultz, Helga (2010): Einleitung: Proteus Agrarismus. In: Schultz, H./Harre, A. (Hg.) (2010): *Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne. Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880 bis 1960*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 9-21.
- Schultz, H./Harre, A. (Hg.) (2010): *Bauerngesellschaften auf dem Weg in die Moderne. Agrarismus in Ostmitteleuropa 1880 bis 1960*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.
- Sinkwitz, P. (2000): Das Leitbild vom bäuerlichen Familienbetrieb – ein ideologisches Mißverständnis? Gedanken 30 Jahre nach Erscheinen der Fredeburger Denkschrift zum landwirtschaftlichen Familienbetrieb. *Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, (48) 2, 189-196.
- Tilly, Ch./Wood, L. J. (2009): *Social Movements, 1768-2008*. Boulder, London: Paradigm Publishers.
- Vogt, G. (2000): Ökologischer Landbau im Dritten Reich. *Agrargeschichte und Agrarsoziologie*, 48 (2), 161-180.